

Sitzung der Stadtteilkonferenz Neustadt

Ergebnisprotokoll über die Sitzung der Stadtteilkonferenz Neustadt am 11.05.2023 im Jukz am Stintfang, Alfred-Wegener-Weg 3.

Moderation: Herr Bartz

Protokoll: Frau Merzoug

Datum: Donnerstag, den 11. Mai 2023

Uhrzeit: 19:00 Uhr Beginn
21:30 Uhr Ende

Tagesordnung

- Begrüßung
- Ergebnisvermerk der letzten Sitzung
- Neubau/Kernsanierung Pik As
- Tempelruine Poolstraße
- Anliegen / Fragen aus dem Stadtteil
Was wird gerade an der Ecke Holstenwall zur Ludwig-Erhard-Str mit den Sparkassengebäuden gemacht?
- Baumfällungen in der südlichen Neustadt
- Neue Mobility Portugiesenviertel
- Öffentliches Bücherregal
- Sonstiges

TOP 1: Begrüßung

Herr Bartz begrüßt die Teilnehmenden. Der Baudezernent und Regionalbeauftragte Herr Nelkner (Bezirksamt Hamburg-Mitte Mitte), drei Vertreter:innen von Fördern und Wohnen, zwei Vertreterinnen der neuen KiTa *Fleetpiraten* sowie eine Vertreterin der Initiative *Tempel Poolstraße* und ein Vertreter des Projekts *Mixity*- Mobilität im Portugiesenviertel nehmen an der Sitzung teil.

Hinsichtlich der Tagesordnung sind das Thema *Ordnungswidriges Wohnen in LKWs (Alter Elbpark)* im Punkt „Sonstiges“ aufgenommen. Ebenfalls wird die Vorstellung der neuen KiTa *Fleetpiraten* als zweiter Tagespunkt vorgezogen.

Für die nächste Stadtteilkonferenz wird seitens einer Teilnehmerin der Wunsch nach einem barrierefreien Treffpunkt formuliert.

TOP 2: Vorstellung KiTa Fleetpiraten

Die Leiterin der neuen KiTa Fleetpiraten stellt sich gemeinsam mit ihrer Kollegin vor. Die Tageseinrichtung und befindet sich in der Neustadt, Herrngarten 26. Die Stadtteilkonferenz wird über die aktuellen Kapazitäten informiert und erfährt, dass noch 26 freie Plätze zur Verfügung stehen. In Anbetracht dessen werden die Anwesenden dazu ermutigt, diese Information weiterzugeben und zu verbreiten. Herr Bartz heißt die Vertreterinnen herzlich willkommen und lädt sie ein, an den zukünftigen Stadtteilkonferenzen teilzunehmen.

TOP3: Neubau/Kernsanierung Pik As-Nachfragen

Bereits in der letzten Sitzung wurde dem Beirat das Projekt Kernsanierung/Teilneubau Pik As vorgestellt und detaillierte Infos über den Stadtteilverteiler verschickt. In dieser Sitzung sind drei Vertreter:innen des Projekts anwesend, um Fragen der Teilnehmenden zu beantworten. Zum Status des Planungsprozesses teilt Herr Maack (Fördern&Wohnen) mit, dass sich die Baugenehmigung gegenwärtig im Bearbeitungsprozess befinde.

Kritik des geplanten Neubaus

Seitens der Teilnehmenden wird die Verschattungen der gegenüberliegenden Gebäude durch den geplanten Neubaus in der Baulücke thematisiert. Die Kritik bezieht sich darauf, dass der Neubau zwei Geschosse höher als die umliegenden Gebäude geplant ist, sodass eine Sondergenehmigung zum Überschreiten der Bauhöhe beantragt wurde.

Herr Maack (Fördern&Wohnen) bestätigt diese Information und betont jedoch, dass es sich lediglich um eine Abweichung von 1,40 m handele, welche keine starke Beeinträchtigung der gegenüberliegenden Gebäude bedeute. Des weiteren erklärt Herr Nelkner, dass die Genehmigung des Abweichungsantrag durch das Bezirksamt darin begründet sei, dass es sich in den Bauvorschriften häufig um sehr altes Planrecht handele, die auf ein veraltetes Stadtbild abzielen. Geringfügige Abweichungen mit niedrigen Auswirkungen würden daher als genehmigungswürdig eingestuft. Einige Anwesende des Beirats bekunden ihren Unmut.

Ein weiterer Teilnehmer formuliert eine Kritik hinsichtlich der Gesamtästhetik und Fassadengestaltung des Neubaus, sodass dieser wie ein Fremdkörper in der Straße wirke. Diesbezüglich fordert er eine angemessenere Orientierung an den umliegenden Gründerzeithäusern.

Herr Maack klärt den Teilnehmer darüber auf, dass es sich bei den vorgestellten Plänen um erste Entwürfe handele, die keine bindende Optik repräsentieren. Im weiteren Prozess zur Abstimmung zu Fassade und Materialeinsatz haben verschiedene Personen ein Mitspracherecht und einzig Gebäudehöhe und Anordnung Fenster stünden fest. Herr

Nelkner ergänzt, dass durch das Gebäudeenergiegesetz tatsächlich neue Anforderungen auf die Fassadengestaltung einwirken, die gestalterischen Grundprinzipien der umliegenden Häuser jedoch verfolgt würden. Insgesamt befinde sich das Verfahren in enger Abstimmung mit dem Bezirksamt, das ein Einfügen des Vorhabens verfolgt.

Problematiken zwischen Nachbarschaft und Pik As auf Neustädter Straße

Durch direkte Anwohner:innen der Einrichtung wird der Wunsch nach einem Konzept im Zuge des Neubaus formuliert, welches die Belastung der Neustädter Straße (Vermüllung, Versperrung von Hauseingängen, Laustärke, Verrichtung Notdurft durch Klienten des Pik As) mitberücksichtigt. Seitens der Planer:innen wird darauf hingewiesen, dass ein Bewusstsein für die aufgezeigten Problematiken bereits existiere und dies in den Planungen berücksichtigt worden sei (z.B. Schallschutz durch eine topographische Senkung des Innenhofs).

Im Weiteren wird jedoch betont, dass sich die Verantwortung des Pik As nicht auf den Bereich außerhalb der Einrichtung beläuft und die Vorkommnisse auf der Neustädter Straße rechtlich nicht zum Auftrag des Trägers gehören. Darüber hinaus ist es dem Personal des Pik As verboten, bei Problemen einen unmittelbaren Zwang gegenüber den Klienten auszuüben, sodass diese wie auch die Anwohner:innen das PK14 informieren müssen. In diesem Zuge hebt Herr Riecken zudem den freien Willen der Klienten hervor und erklärt, dass die vorgeschlagene „Erziehung“ ab dem Erwachsenenalter einer Bevormundung gleichen würde. Ebenfalls wird auf die zurzeit ausgeschriebene Straßensozialarbeitsstelle verwiesen, die als Lösungsansatz für die genannten Problematiken angedacht sei. Die Frage, ob eine offenere Gestaltung des Innenhofs zum Aufenthalt während des Tages angedacht sei, sodass sich das Verweilen der Klienten dorthin verlagere, wird dies von den Planenden verneint. Es wird jedoch darauf hingewiesen, dass sie die Sanierung als Chance begreifen wollen, um neue Nutzungen wie Aufenthaltsmöglichkeiten auszutesten.

Seitens der direkten Anwohnenden wird ein Misstrauen in die Vertreter:innen von Fördern und Wohnen (Pik As) hinsichtlich der Berücksichtigung der Nachbarschaft geäußert, welches aus negativen Erfahrungen in der Vergangenheit resultiere. Darüber hinaus wird die starke Trennung zwischen Nachbarschaft und Pik As kritisiert, wobei letzteres als Fremdkörper („Ufo“) beschrieben wird. Die Planungen zum Neubau in der Blockrandlücke werden von den Anwohner:innen als Zeichen für fortschreitende Abschottung interpretiert. In diesem Zuge wird explizit betont, dass von den Anwohnenden keine Verdrängung der Einrichtung gewünscht sei, sondern vielmehr die Entwicklung eines Konzepts zur Zusammenarbeit und Einbindung der Nachbarschaft durch Fördern und Wohnen sowie eine offene Kommunikation. Die Forderungen erfahren innerhalb des Beirats großen Zuspruch.

Herr Riecken (Pik As) vermittelt den Anwohnenden sein Verständnis und klärt darüber auf, dass die konkreten Beschwerden der Anwohner gesehen werden und der Wachsenschutz bereits alle Klienten morgens dazu anweise, die Neustädter Straße zu verlassen und sich im Quartier zu verteilen. Außerdem wurde im Hinblick auf die Müllverschmutzung durch Pappbecher bereits mehrere neue Mülleimer von der Stadtreinigung in Zusammenarbeit mit dem Quartiersmanagement aufgestellt und auch ein morgendlicher Reinigungstrupp des Pik As sei im internen Gespräch. Darüber hinaus erläutert Herr Riecken, dass eine kontinuierliche Öffnung des Hygiene-Pavillons als Lösungsansatz keine angemessene Maßnahme darstellt. Vielmehr würde dies zu einer verstärkten Bildung von Gruppen im Bereich der Neustädter Straße führen. In Bezug auf Vorwürfe, dass er Gespräche verweigert habe, weist Herr Riecken jegliche Kritik von sich und betont seine Offenheit für Kommunikation mit und Impulse aus der Nachbarschaft.

Zuständigkeiten / Runder Tisch für Brennpunkte

Seitens eines Anwesenden wird darauf hingewiesen, dass die zuvor angesprochenen Probleme zwischen der Nachbarschaft und der Einrichtung Pik As auf ein übergeordnetes Problem unklarer Zuständigkeiten und Aufgabenverteilung zwischen verschiedenen Gremien und Institutionen zurückzuführen sind. Infolgedessen wird der Wunsch geäußert, eine dauerhafte Institution für Brennpunkte zu etablieren, ähnlich einem Runden Tisch zur Wohnungslosenhilfe. Ziel dieser Einrichtung wäre es, alle beteiligten Akteure - Nachbarn, Gremien und Institutionen - zusammenzubringen und in einen Dialog einzutreten, um neue Lösungsansätze zu erarbeiten.

Frau Ratzlaff und Herr Riecken begrüßen diesen Vorschlag und sichern ihre Anwesenheit bei einem solchen Treffen zu. Frau Ratzlaff betont ihre generelle Offenheit für Ideen, die auf eine gemeinsame Entwicklung der Straße und das Finden von Kompromissen abzielen. Darüber hinaus schlägt sie vor, die Zeit während der Sanierung für Zusammenkünfte zu nutzen, da sich durch die Abwesenheit der Übernachtungsgäste eine emotionale Beruhigung der Anwohnenden einstellen könne. Zudem wird der Wunsch nach einer dynamischen Zusammenarbeit ausgesprochen, die über das Festhalten an rechtlichen Aufträgen und Positionen hinausgeht, um erste Ideen und Impulse für eine Lösung der Straßensituation zu setzen. Die Anwesenden einigen sich darauf, offen zu kommunizieren und hinsichtlich des Brennpunkttreffens in Kontakt zu treten.

Im Nachgang betont Herr Nelkner, dass die Baubehörde keinesfalls die Verantwortung für die Probleme der Neustädter Straße von sich schieben wird. Vielmehr schlägt er als Lösungsansatz für die Belastung der Straße vor, die Erdgeschosszone durch die Ansiedlung von gewerblichen Aktivitäten zu beleben. Dadurch soll der Einfluss der sozialen Kontrolle gesteigert werden. Als positives Beispiel nennt er den Hansaplatz, wo demokratische Mittel

eingesetzt wurden, um positive Veränderungen herbeizuführen, und betont von „erzieherischen Maßnahmen“ abzusehen.

TOP4: Tempelruine Poolstraße

Frau Dr. Rürup, Vertreterin der Initiative „Ehemaliger Tempel Poolstraße“, stellt den Ort der israelitischen Tempelruine in seiner vergangenen und aktuellen Situation vor. Sie betont dabei die Besonderheit des Ortes als ein letztes Relikt von über 300 Jahren jüdischen Lebens in Hamburg auf dem Gebiet der Neu- und Altstadt.

Eckdaten:

- 1844: Eröffnung des Tempels
 - o Keine Synagoge, da liberale Gemeinde des Tempelvereins die jüdische Religion reformierte
 - o Daher zusätzlicher Tempelbau zum ursprünglichen Tempel in Jerusalem
 - o erstmaliger Zutritt für Frauen in einen jüdischen Tempel und weitere damals kontroverse Neuerungen
- 1931: Umzug der Liberalen Gemeinde in Oberstraße
 - o Verkauf des Gebäudes für 87.000€ an Privatbesitzer aus Harvestehude
- 1943: Zerstörung des Tempels im Bombenangriff auf Hamburg
- Bis 1982: gewerbliche Nachnutzungen
 - o fortschreitendes Verschwinden des ehemaligen jüdischen Lebens aus kollektivem Gedächtnis
- bis zuletzt Nutzung durch Schmiede *Lehmann* und die Autowerkstatt *Stern*, welcher auch die Pflege und Instandhaltung des Ortes übernahm (Auszug 2022)
- heute: keine gewerbliche Nutzung, starker Verfall und wenig Spuren der Tempelruine erhalten
- 2021 Kauf durch Stadt Hamburg

Frau Rürup berichtet, dass ein geplanter Wohnungsbau in dem Gebiet durch Überbau der Ruine zuletzt gescheitert war, da kein Investor gefunden werden konnte. Die Initiative *Tempel Poolstraße*, bestehend aus Interessierten, Historiker:innen, Politiker:innen und Vertreter:innen der Liberalen jüdischen Gemeinde, habe diesbezüglich eine neue Nutzung angedacht. Die Nutzungsvorschläge werden vom Beirat durchgehend positiv aufgenommen.

Aktuelle Nutzungsdiskussionen:

- kein Wiederaufbau oder Überbau des Tempels
- witterungsgeschützte Nutzung des Hofes und Räume während jüdischer Feiertage
- Einrichtung eines Cafés und Museums.

- Mischnutzung: keine ausschließlich jüdische, gewerbliche oder Memoriumsnutzung
- Offen für Alle

Seitens der Stadtteilkonferenz wird Kritik an das Bezirksamt hinsichtlich der Kündigung der Autowerkstatt Stern geäußert. Herr Nelkner weist darauf hin, dass diese nicht in die Zuständigkeit des Bezirksamtes falle und kann daher keine Gründe für die Kündigung angeben. Eine Anwohnerin klärt den Beirat auf, dass es sich in diesem Falle nicht um eine Kündigung seitens des BZA handelte, sondern eine Entscheidung durch Herrn Stern, welcher aufgrund der unsicheren Mietperspektive vor Ort und dem damit verbundenen Verlust mehrerer Mitarbeiter, sein Geschäft aufgab. Auf die Frage, ob eine Wohnbebauung theoretisch noch möglich wäre, antwortet Herr Nelkner, dass eine Wohnbebauung in diesem Gebiet weiterhin zulässig sei.

Seitens der Anwesenden werden Unklarheiten hinsichtlich der weiteren Rolle der Initiative im aktuellen Prozess geäußert. Frau Rürup klärt den Beirat auf, dass die Initiative den Ort nicht zwingende bespielen wolle. Vielmehr spreche sie sich deutlich gegen Wohnungsbau und für die Sicherung der öffentlichen Zugänglichkeit, Verankerung in den Stadtteil und angemessene Nutzung im Hinblick auf die historische Bedeutung aus. Insbesondere hinsichtlich des fortschreitenden Verfalls der Tempelruine will die Initiative durch ihre Arbeit und das Zusammenbringen von Argumenten eine Öffentlichkeit herstellen und den Druck für einen Handlungszwang erhöhen. Die Handlungshoheit obläge hier jedoch der Stadt Hamburg, welche entweder einen Gewinn durch Wohnungsbau erzielen oder die geplanten Nutzungen der Initiative finanzieren könne. Unterstützung durch Initiativen sei ausdrücklich erwünscht, aber bei einem Kaufpreis des ehemaligen Tempels von 4 Millionen Euro schwer zu finden. Darüber hinaus weist Frau Rürup den Beirat auf ein geplantes Treffen hin, an welchem das Stadtentwicklungsbüro STEG interessierten Stiftungen, dem Hamburger Finanzsenator und Vertreter:innen der Liberalen Gemeinde verschiedene Konzeptvarianten vorstellen wird. Die Initiative erwarte hierbei einen Fortschritt in der Sache.

Von direkten Anwohnenden wird das Vorhaben einer Sicherung des öffentlichen Zugangs gestützt sowie die Sichtbarmachung von jüdischem Leben über die Anbringung von „blauen Plaketten“ hinaus. Ebenfalls wird die Miteinbeziehung der Synagoge Kohlhöfen in das Vorhaben durch ihre räumliche Nähe vorgeschlagen. Weiterhin wird die Wiederbelebung einer früheren Kinobewirtschaftung in der Tempelruine, die Einrichtung eines niedrigschwelligen Nachbarschaftstreffs, einer Bücherhalle, einem Repair-Café sowie das Abhalten von Musik- und Kunstveranstaltungen und eine Begrünung des Areals vorgeschlagen.

Eine Abstimmung des Beirats ergibt eine **einstimmige Entscheidung für die öffentliche Nutzung des Ortes.**

Weitere Veranstaltungen der Initiative und Kontakt für weitere Vorschläge des Beirats können über die Website der Initiative aufgenommen werden (<https://hamburg-tempel-poolstrasse.de>).

TOP5: Anliegen / Fragen aus dem Stadtteil

Was wird gerade an der Ecke Holstenwall zur Ludwig-Erhard-Straße mit den Sparkassengebäuden gemacht?

Herr Bartz stellt die Frage der Stadtteilkonferenz hinsichtlich der Art des Bauprojekts bzw. der Baustelleneinrichtungsfläche an der Ecke/Holstenwall zu Ludwig-Erhard-Str vor. Hintergrund hierbei ist, dass eine Gehwegnutzung durch die weitreichende Baustelleneinrichtungsfläche nicht mehr gegeben sei.

Herr Nelkner erklärt der Stadtteilkonferenz, dass es sich um den Umbau und die Umnutzung des ehemaligen Bürogebäudes handele. Hierbei sind eine neue Fassadenstruktur sowie die Ertüchtigung des Nebenhaus geplant. Erste Entwicklungen sehen die Belebung der Erdgeschosszonen durch Gastronomie, offene Atelier- und Büronutzungen vor. Hinsichtlich weiterer Planungen weist Herr Nelkner den Beirat auf eine zukunftsgerichtete Planung des Projekts hin, welches eine erwartete, starke Veränderung der Kreuzung miteinberechnen.

Aufgrund der Versperrung des Gehwegs wird seitens der Stadtteilkonferenz der Wunsch nach einer mobilen Ampelnutzung geäußert. Diesbezüglich weist Herr Nelkner darauf hin, dass dies aufgrund der sensiblen Ampelschaltung an der Kreuzung nicht möglich sei. Zudem würde die 200m-Abstandsregelung zwischen Fußgängerampeln auch trotz der Baustelle eingehalten. Darüber hinaus berührt Herr Nelkner die Anwesenden, dass Bauträger die Baustelleneinrichtungsflächen aus Kostengründen zeitlich so kurz wie möglich halten würden.

Ein Anwohner formuliert den Wunsch an Herr Nelkner, dass der Anlieferungsverkehr der geplanten Gastronomiebetriebe durch die Hauptstraßen und nicht durch die Innenhöfe der Wohngebiete erfolgen und perspektivisch Parkverbote für Lieferverkehr verhängt werden solle. Herr Nelkner weist darauf hin, dass Parkverbote nur die die Polizei und nicht durch das Bezirksamt ausgesprochen werden könne.

Auf die Nachfrage, wer für die Fußgängersicherheit bei Baustellen in Straßenlage zuständig ist, weist Herr Nelkner darauf hin, dass die Einschätzungen durch die Polizei erfolgen. Darüber hinaus erklärt er den Teilnehmenden, dass die Baustelle am Holstenwall zudem Teil eines neuen Pilotprojekts (GeoNetBarke) zur Einhaltung der Baustelleneinrichtungsfläche sei.

Herr Bartz hält die Stadtteilkonferenz dazu an, weitere Detailfragen an ihn zu schicken, damit diese gesammelt gestellt werden können. Entsprechende Fragen werden zudem an das zuständige Polizeikommissariat übermitteln.

Nachtrag: Das zuständige Polizeikommissariat sieht den durch Baustelleneinrichtungsfläche entstandenen Umweg als verträglich an. Eine Änderung der LKW-Anlieferung für die Baustelle ist aus Sicht der Polizei verkehrsrechtlich gefährlich, da sonst die Fußgänger den Lieferverkehr queren müssten oder für den Lieferverkehr eine Rampe einzurichten sei, die weder finanziell, noch aus Platzgründen realistisch sei.

TOP 6: Baumfällungen in der südlichen Neustadt

Herr Bartz teilt der Stadtteilkonferenz neue Informationen zu den in der letzten Sitzung thematisierten Baumfällungen unterhalb der Michelwiese neben dem ehem. Gruner + Jahr Verlagsgebäude mit. Die Reihe an Fällungen fungieren als bauvorbereitende Maßnahmen für einen geplanten Neubau auf der gegenwärtig als Parkplatz genutzten Fläche. Der Neubau ist als Wohnanlage geplant, wobei zum jetzigen Zeitpunkt noch keine Genehmigung für den entsprechenden Entwurf vorliege. Die Wohnanlage ist als Teil des Projekts „Quartier am Baumwall“ der Eigentümer *Tishmann Speyer* angesiedelt, die unter anderem das ehemalige Verlagsgebäude transformieren wollen. Herr Bartz informiert, dass er bereits Kontakt mit dem zuständigen Architekten aufgenommen habe. Dieser habe zum gegenwärtigen Zeitpunkt keine weiteren Informationen, versichere jedoch sein Beiwohnen in einer der nächsten Sitzungen, sobald endgültige Planungen vorlägen.

Herr Nelkner verweist darauf, dass der Denkmalschutz des geschichtsträchtigen Verlagsgebäudes innerhalb des Projekts eine große Rolle spiele. Durch die Sicherung eines öffentlichen Zugangs zum Gebäude (Marktfläche im Erdgeschossbereich ähnlich „Chelsea Market Hall“ in New York), solle die umliegende Nachbarschaft von dem Projekt profitieren. Zudem stelle ein behutsamer Wohnungsbau einen größeren Nutzen für die Stadtgesellschaft dar als eine versiegelte Parkplatzfläche.

Seitens der Anwesenden wird die öffentliche Marktplatzfläche als „Hinhaltetaktik“ der planerischen Seite gegenüber der Nachbarschaft kritisiert. Zudem orientiere sich das Projekt nicht an den Bedarfen des Quartiers, da die Ditmar-Koel-Straße bereits über eine ausreichende Zahl an gastronomischen Betrieben verfüge und der Marktplatz daher unpassend und überflüssig erscheine. Darüber hinaus wird der Wunsch nach dem Bau einer Schule in diesem Bereich formuliert. Diesbezüglich informiert Herr Nelkner, dass ein Schulbau in diesem Gebiet von Hamburg nicht verfolgt werde.

Darüber hinaus kritisieren die Teilnehmenden, dass ein Gespräch mit Planer:innen und Architekt:innen nach Fertigstellung der Entwürfe keinen Nutzen enthalte. Dementsprechend formulieren die Anwesenden den Wunsch nach klaren Aussagen und einem frühzeitigen

Austausch und Einbeziehung in Projekte, bevor deren endgültige Entwürfe abgestimmt seien und keine Änderungen möglich sind.

Hinsichtlich der gewünschten öffentlichen Beteiligung wird von Herr Nelkner auf die unterschiedlichen Rechtslagen zwischen öffentlichem und privatem Bau hingewiesen. Dementsprechend handelt es sich bei dem Projekt am Baumwall um einen privaten Bau, welcher keine rechtliche Grundlage für eine zwingende Partizipation habe. Hierfür seien die politischen Vertretungen der Anwohnenden in der Bezirksversammlung das entsprechende Instrument.

Hinsichtlich der Baumfällungen wird seitens des Beirats ebenfalls das Ausbleiben einer frühzeitigen Informierung durch das Bezirksamt und das Kompensationsmodell der Stadt kritisiert, in welchem teils große, jahrzehntealte Bäume durch sehr junge Bäume ersetzt werden. Dies können aus klimafunktionaler Sicht keinen angemessenen Ersatz darstellen, zumal das Nachpflanzen weder zeit- noch ortsnah umgesetzt werde. Ebenfalls wird durch einen Anwesenden der Unmut über eine unterschiedliche Behandlung zwischen einzelnen Privatpersonen und privaten Großunternehmen hinsichtlich der Erteilung von Fällgenehmigungen durch das Bezirksamt geäußert.

Herr Nelkner versichert dem Beirat, dass keine unterschiedliche Behandlung zwischen Unternehmen und Einzelpersonen zwecks Fällgenehmigungen stattfinde, die Entscheidung sei vielmehr baumbezogen. Zudem basiere jede Genehmigung auf einer rechtsstaatlichen Prüfung. Baumnachpflanzungen für die gefälltten Exemplare im Baumwall-Areal stünden teilweise bereits fest oder befänden sich in Planung.

TOP 7: Neue Mobility Portugiesenviertel

Herr Bartz informiert die Stadtteilkonferenz über das Projekt *Mixity* im Portugiesenviertel, welches im Zeitraum vom 20.- 28. Mai 2023 im Zuge des Architektursommers stattfindet. Für diese Zeit wird ein Parkplatz in der Ditmar-Koel-Straße 22 gesperrt, auf welchem die Besucher:innen mittels Augmented Reality alternative Parklet-Nutzungen via Smartphone erfahren können. Die Parkletnutzungen wurden zuvor durch Daniel Jenett und Herrn Bartz gemeinsam mit Anwohnenden des Portugiesenviertels in einem Workshop entwickelt. Das experimentelle Projekt zeige eine Möglichkeit auf, zukünftige Projekte bereits im Vorhinein vor Ort erlebbar zu machen. Darüber hinaus kann zur Modernisierung der Bürgerbeteiligung genutzt werden, indem die Bürger:innen mittels Applikation digital abstimmen können. Herr Bartz weist darauf hin, dass sich das Projekt explizit auch an jüngere Personen richte, welche von traditionellen Beteiligungsprozessen häufig nicht angesprochen werden.

Seitens eines Anwohners wird Kritik zur Nicht-Einbindung der älteren Bewohner:innen der Ditmar-Köhl Straße geäußert sowie eine Sorge hinsichtlich der Anzahl an Besucher:innen

des Projekts. Herr Bartz weist diesbezüglich darauf hin, dass mit höchstens 30 Besucher:innen pro Tag gerechnet werde und es sich bei der Projektdauer lediglich um 8 Tage handle. Es sei eine Genehmigung zu Sperrung des Parkplatzes und Anbringen eines Banners eingeholt worden. Darüber hinaus weist Herr Bartz darauf hin, dass das Projekt von lokalem Gewerbe und Anwohner:innen begrüßt wurde und für die Entwurfsplanung der Parkletnutzungen eine Vielzahl an Plakaten im Viertel aushing, die daraufhin öffentlich und nicht-digital erfolgte. Herr Jenett ergänzt diesbezüglich, dass die Bewertung des Projekts ebenfalls niedrigschwellig über eine öffentliche Website möglich sein werde.

Eine Umsetzung eines der Parklets vor Ort ist nicht geplant.

TOP8: Öffentliches Bücherregal

Herr Bartz übermittelt dem Beirat, dass er hinsichtlich der vom Beirat gewünschten Aufstellung eines öffentlichen Bücherregals eine Anfrage an das Bezirksamt gestellt habe. Diesbezüglich klärt Herr Nelkner darüber auf, dass eine Genehmigung einer solchen Sondernutzung jedoch nur selten erfolge. Grund hierfür sei, dass aufgrund des hohen Vandalismus und Brandsetzung häufig kein für die Genehmigung benötigter Antragsteller gefunden werde, der die Verantwortung für das Tauschregal übernehme.

Dementsprechend trägt Herr Nelkner vor, dass wertige und brandsichere Regale durchaus geduldet werden können.. Nach Duldung und Erfolg des Tauschregals bestehe darüber hinaus die Möglichkeit, dass eine Verstetigung erfolge.

Einige Anwesende teilen Herr Nelkner ihr Vorhaben mit, dass sie beabsichtigen, ein eigenfinanziertes Bücherregal auf der Baumscheibe vor der Apotheke aufzustellen. Herr Bartz weist daraufhin, dass die engagierten Bewohner:innen sich mit Kontaktdaten bei ihm oder direkt beim Bezirksamt als Ansprechpartner melden sollen.

TOP 9: Sonstiges

Ordnungswidriges Wohnen in LKWs (Bismarckpark)

Seitens einiger Teilnehmender wird auf die Verschmutzung des Bismarckparks durch Müll und Fäkalien hingewiesen, verursacht durch Personen, die in ordnungswidriger Weise in Lastwagen leben. Eine Teilnehmerin erklärt, dass es sich bei diesen Personen laut örtlicher Polizei um Bauarbeiter in der HafenCity handelt, die aufgrund ihrer finanziellen Situation keine Unterkunft leisten können und deshalb in den Lastwagen schlafen.

Herr Nelkner sichert dem Beirat zu, diesbezüglich Kontakt mit der zuständigen Polizeidienststelle aufzunehmen. Es handelt sich bei den Vorkommnissen um eine genehmigungspflichtige Sondernutzung. Seitens der Stadtteilkonferenz wird betont, dass

eine hartherzige Verdrängung vermieden werden sollte. Anmerkung: Die Situation konnte zwischenzeitlich geklärt werden.

TOP 10: Nächster Sitzungstermin

Eine Sitzung soll wenn möglich noch vor den Sommerferien mit dem Schwerpunktthema Gastronomie im Portugiesenviertel stattfinden. Ein genauer Termin und Ort wird rechtzeitig bekannt gegeben.